

## **Satzung der Architektenkammer Thüringen über die Zusammensetzung, Wahl und Arbeitsweise des Schlichtungsausschusses und für das Schlichtungsverfahren (Schlichtungssatzung)**

Die Vertreterversammlung der Architektenkammer Thüringen hat am 28. November 2008 gemäß § 21 und § 27 des Thüringer Architekten- und Ingenieurkammergesetzes (ThürAIKG) vom 05.02.2008 nachfolgende Schlichtungssatzung beschlossen:

### **§ 1 Zusammensetzung und Wahl des Schlichtungsausschusses**

- (1) Zur gütlichen Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen Kammermitgliedern oder zwischen diesen und Dritten ergeben, wird bei der Architektenkammer ein Schlichtungsausschuss gebildet.
- (2) Der Schlichtungsausschuss besteht aus einem Vorsitzenden, einem Vertreter des Vorsitzenden und mindestens vier Mitgliedern.
- (3) Der Vorsitzende und sein Vertreter müssen gemäß ThürAIKG einen Abschluss als Diplom-Jurist oder die Befähigung zum Richteramt nach dem deutschen Richtergesetz haben. Sie werden der Vertreterversammlung durch den Vorstand zur Bestätigung vorgeschlagen und durch den Präsidenten berufen.
- (4) Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses werden durch die Vertreterversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vertreter gewählt. Die Mitglieder müssen der Architektenkammer Thüringen angehören. Bei der Auswahl der Mitglieder sollten die Fachrichtungen und Tätigkeitsgruppen berücksichtigt werden.

### **§ 2 Schlichtungsverfahren**

- (1) Das Schlichtungsverfahren findet vor dem Schlichtungsausschuss statt.
- (2) Auf Anruf eines Beteiligten oder auf Anordnung des Kammervorstandes ist ein Schlichtungsversuch zu unternehmen. Ist ein Dritter beteiligt, so kann der Schlichtungsausschuss nur mit dessen Einverständnis tätig werden.
- (3) Der Schlichtungsausschuss wird in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern in nicht öffentlicher Sitzung tätig.
- (4) Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses sind ehrenamtlich tätig. Sie haben Anspruch auf Entschädigung für Auslagen und Zeitversäumnis nach der Reisekosten- und Entschädigungsordnung.
- (5) Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses haben nach Beendigung ihrer Amtszeit über ihre Tätigkeit und die ihnen bei dieser bekannt gewordenen Verhältnisse der Parteien Verschwiegenheit zu bewahren.

- (6) Über die Angelegenheiten, die der Verschwiegenheit unterliegen, dürfen die Mitglieder des Schlichtungsausschusses nur mit Genehmigung der Parteien der Schlichtungsverfahren Aussagen machen.
- (7) Ein Mitglied des Schlichtungsausschusses ist von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen:
1. In Sachen, in denen es selbst Partei ist oder bei denen es zu einer Partei in dem Verhältnis eines Mitberechtigten, Mitverpflichteten oder Regresspflichtigen steht,
  2. In Sachen seines Ehegatten, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht,
  3. In Sachen einer Person, mit der es in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Annahme an Kindes statt verbunden, in der Seitenlinie bis zum 3. Grade verwandt oder bis zum 2. Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch die die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht.

### § 3 Einleitung des Schlichtungsverfahrens

- (1) Der Antrag auf Durchführung eines Schlichtungsversuches ist an den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses der Architektenkammer Thüringen schriftlich zu richten.
- (2) Der das Schlichtungsverfahren einleitende Schriftsatz des Antragstellers sollte neben dem Antrag auch den Streitgegenstand, den Namen und Wohnort der Parteien und den zugrunde liegenden Sachverhalt enthalten. Der Antrag muss vom Antragsteller oder dessen Bevollmächtigten unterschrieben sein und ist in dreifacher Ausfertigung, ein Original und zwei Abschriften, einzureichen.
- (3) Der Vorsitzende stellt eine Abschrift des Antrages dem Antragsgegner zu und fordert diesen unter Fristsetzung auf, zum Antrag Stellung zu nehmen. Ist der Antragsgegner nicht Kammermitglied, fordert ihn der Vorsitzende dabei auch zur Erklärung über sein Einverständnis zum Schlichtungsverfahren auf.
- (4) Sämtliche von den Parteien im Verfahren eingeführten Schriftsätze sind dreifach mit einem Original und zwei Abschriften einzureichen. Die in den Schriftsätzen in Bezug genommenen Anlagen sind zweifach, im Original und einer Abschrift, beizufügen.
- (5) Eine Partei, die vor dem Schlichtungsausschuss in dem anberaumten Termin nicht erscheinen will oder kann, muss dies spätestens drei Tage vor dem Termin dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses anzeigen.
- (6) Ist eine solche Anzeige nicht erstattet, so hat die im Termin ausgebliebene Partei die entstandenen Kosten zu tragen.

### § 4 Vorbereitung des Schlichtungsverfahrens

- (1) Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hat die Sitzung vorzubereiten und einzuberufen. Bei der Besetzung der kammerangehörigen Mitglieder berücksichtigt der Vorsitzende die Fachrichtung und Tätigkeitsgruppe der Verfahrensbeteiligten.
- (2) Die Parteien, Zeugen und Sachverständigen sind zum Termin des Schlichtungsversuches zu laden. Die Ladung muss mindestens 14 Tage vor dem anberaumten Termin zugestellt werden.
- (3) Die Geladenen sind zum persönlichen Erscheinen und zur Aussage bzw. Auskunftserteilung verpflichtet, wenn dies der Vorsitzende anordnet. Ihr Recht und ihre Pflicht zur Wahrung des Berufsgeheimnisses bleiben unberührt.

(4) Zeugen und Sachverständige haben nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in der jeweils gültigen Fassung einen Entschädigungsanspruch, wenn dies der Vorsitzende anordnet.

(5) Die Vertretung der Parteien durch Bevollmächtigte ist zulässig.

## **§ 5 Schlichtungsverhandlung**

(1) Der Vorsitzende leitet die mündliche Verhandlung.

(2) Zu Beginn der Schlichtungsverhandlung werden der Antragsteller und der Antragsgegner zur Stellungnahme zum Streitgegenstand aufgefordert.

(3) Zeugen und Sachverständige können, wenn dies der Vorsitzende anordnet, gehört werden.

(4) Zur Beeidigung eines Zeugen oder Sachverständigen und zur Abnahme eines Eides ist der Schlichtungsausschuss nicht befugt.

(5) Kommt ein Vergleich zustande, so ist er zu protokollieren.

Das Protokoll enthält:

1. den Ort und die Zeit der Verhandlung,
2. die Namen der erschienenen Parteien, gesetzlichen Vertreter, Zeugen und Sachverständigen,
3. den Gegenstand des Streites,
4. die Vereinbarung der Parteien.

(6) Kommt ein Vergleich nicht zustande, so ist hierüber ein Vermerk aufzunehmen.

(7) Das Protokoll ist den Parteien vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen. In dem Protokoll ist zu vermerken, dass dies geschehen und die Genehmigung erteilt ist.

(8) Das Protokoll ist von den Parteien und dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses eigenhändig zu unterschreiben.

(9) Den Parteien bzw. deren Bevollmächtigten ist eine Abschrift des Protokolls zuzustellen.

## **§ 6 Kosten des Verfahrens**

(1) Für das Schlichtungsverfahren werden Verwaltungskosten entsprechend der Gebühren- und Verwaltungskostensatzung der Architektenkammer Thüringen erhoben. Die übrigen Auslagen gemäß § 2 (4) und § 3 (4) werden in tatsächlich entstandener Höhe festgesetzt.

(2) Die Zustellung des Antrags an den Antragsteller sowie die Anordnung des Schlichtungstermins soll erst nach Zahlung des von dem Vorsitzenden festgesetzten Verwaltungskostenvorschusses erfolgen.

(3) Die Verwaltungskosten richten sich nach dem Streitwert entsprechend der Satzung. Die übrigen Auslagen nach § 4 (4) werden in entstandener Höhe ebenfalls festgesetzt.

(4) Nach Abschluss des Verfahrens wird der Streitwert des Verfahrens nach Anhörung der Parteien durch den Schlichtungsausschuss festgesetzt.

(5) Die Verwaltungskosten und Auslagen fallen grundsätzlich der Partei zur Last, welche die Schlichtungsverhandlung veranlasst hat. Im Falle eines abgeschlossenen Vergleiches sind die Verwaltungskosten und Auslagen nach der Quote des jeweiligen Obsiegens bzw. Unterliegens der Parteien zum streitigen Gegenstand festzusetzen.

(6) Die Verwaltungskosten des Schlichtungsverfahrens und sonstigen Auslagen werden durch Bescheid festgesetzt. Hierzu gehören nicht die bei den Parteien entstandenen Kosten und Gebühren für die Vertretung und Rechtsberatung sowie Reisekosten. Diese Kosten trägt jede Partei selbst.

## **§ 7 Gleichstellungsklausel**

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

## **§ 8 Inkrafttreten / Außerkrafttreten**

Die Schlichtungssatzung tritt nach der Bekanntmachung ihres Wortlautes im Deutschen Architektenblatt, Regionalausgabe Ost, in Kraft.

Gleichzeitig tritt die bisher gültige Schlichtungsordnung vom 22.11.1997 außer Kraft.

Hartmut Strube  
Präsident  
Architektenkammer Thüringen